Kassel documenta Stadt
Stadtverordnetenversammlung
Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Geschäftsstelle:
Hauptamt
Büro der
Stadtverordnetenversammlung
Sabine John
sabine.john@kassel.de
Telefon 0561 787 1226
Fax 0561 787 2182

Rathaus
Obere Königsstraße 8
34117 Kassel
W 224a

Behördennummer 115
Rechtshinweise
zur elektronischen
Kommunikation
im Impressum unter
www.kassel.de

34112 Kassel documenta Stadt

An die
Mitglieder
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration
und Gleichstellung
der Stadtverordnetenversammlung
Kassel

Kassel documenta Stadt

10. Juni 2020

Sehr geehrte Damen und Herren,

zur **38.** öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung lade ich ein für

Donnerstag, 18. Juni 2020, 17:00 Uhr,
Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel.

Entsprechend der Absprache im Ältestenrat bitte ich Sie, während der Sitzung die empfohlenen Hygienemaßnahmen einzuhalten und eine Mund-Nasen-Bedeckung zu tragen. Die Redebeiträge sind ohne Mund-Nasen-Bedeckung möglich.

Tagesordnung:

1. **Änderung der Gesellschaftsverträge der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) und der GWG Service GmbH**
   Vorlage des Magistrats
   Berichterstatter/in: Oberbürgermeister Christian Geselle
   - 101.18.1670 -
   (gleichzeitig im Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Grundsatzfragen)

2. **Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt**
   Antrag der AfD-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Michael Werl
   - 101.18.1649 -

Schrift: Kassel 10 pt, Zeilenabstand: 14 pt, Dateiformat: pdf

3. **Höhenrettung in Kassel**
   Anfrage der CDU-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Holger Augustin
   - 101.18.1659 -

4. **Neufassung Integrationskonzept**
   Anfrage der Fraktion B90/Grüne
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus
   - 101.18.1671 -

5. **Demokratiepreis**
   Anfrage der Fraktion B90/Grüne
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus
   - 101.18.1672 -

6. **Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**
   Antrag der Fraktion B90/Grüne
   Berichterstatter/in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus
   - 101.18.1691 -

7. **Stadtpolizei**
   Anfrage der Fraktion B90/Grüne
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens
   - 101.18.1692 -

8. **Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie**
   Antrag der SPD-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Norbert Sprafke
   - 101.18.1708 -

9. **Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße**
   Anfrage der CDU-Fraktion
   Berichterstatter/in: Stadtverordneter Stefan Kortmann
   - 101.18.1720 -

Mit freundlichen Grüßen

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Niederschrift
über die 38. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung
am **Donnerstag, 18. Juni 2020, 17:00 Uhr**
im Sitzungssaal der Stadtverordneten, Rathaus, Kassel

Anwesende:

Mitglieder
Stefan Kortmann, Vorsitzender, CDU
Petra Ullrich, 2. stellvertretende Vorsitzende, SPD
Anja Möller, Mitglied, SPD
Dr. Günther Schnell, Mitglied, SPD
Norbert Sprafke, Mitglied, SPD
Holger Augustin, Mitglied, CDU
Valentino Lipardi, Mitglied, CDU
Dieter Beig, Mitglied, B90/Grüne (Vertretung für Dr. Andreas Jürgens)
Awet Tesfaiesus, Mitglied, B90/Grüne
Richard Klock, Mitglied, AfD
Vera Katrin Kaufmann, Mitglied, Kasseler Linke
Dr. Bernd Hoppe, Mitglied, Freie Wähler (WfK)

Teilnehmer mit beratender Stimme
Omar Dergui, Vertreter des Ausländerbeirates

Magistrat
Dirk Stochla, Stadtrat, SPD

Schriftführung
Sabine John, Hauptamt - Büro der Stadtverordnetenversammlung

Entschuldigt:
Gerd Walter, Vertreter des Behindertenbeirates

Verwaltung und andere Teilnehmer/-innen
Carsten Höhre, Sozialamt
Niklas Kraft, Hauptamt

Tagesordnung:

1.	**Änderung der Gesellschaftsverträge der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) und der GWG Service GmbH**	101.18.1670
2.	**Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt**	101.18.1649
3.	**Höhenrettung in Kassel**	101.18.1659
4.	**Neufassung Integrationskonzept**	101.18.1671
5.	**Demokratiepreis**	101.18.1672
6.	**Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene**	101.18.1691
7.	**Stadtpolizei**	101.18.1692
8.	**Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie**	101.18.1708
9.	**Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße**	101.18.1720

Vorsitzender Kortmann eröffnet die mit der Einladung vom 10. Juni 2020 ordnungsgemäß einberufene 38. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung, begrüßt die Anwesenden und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung

Die Stadtverordneten Sprafke, SPD-Fraktion, und Kaufmann, Fraktion Kasseler Linke, beantragen den Tagesordnungspunkt 8 betr. **Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie,** Antrag der SPD-Fraktion, 101.18.1708, einschließlich Änderungsantrag wegen Beratungsbedarfs von der heutigen Tagesordnung abzusetzen.

Vorsitzender Kortmann stellt den Geschäftsordnungsantrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: CDU, B90/Grüne, AfD, Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: SPD
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Dem Geschäftsordnungsantrag auf Absetzung des Antrags der SPD-Fraktion betr. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie, 101.18.1708, von der Tagesordung wird **zugestimmt**.

Weiterhin bittet Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, wegen Abwesenheit des Fragestellers, Stadtverordneter Dr. Jürgens, Fraktion B90/Grüne, den Tagesordnungspunkt 7 betr. Stadtpolizei, 101.18.1692, von der Tagesordnung der heutigen Sitzung abzusetzen und für die Tagesordnung der nächsten Sitzung vorzumerken.
Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzender Kortmann stellt die so geänderte Tagesordnung fest.

1. Änderung der Gesellschaftsverträge der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) und der GWG Service GmbH
Vorlage des Magistrats
- 101.18.1670 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

a) „Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH vom 30. Oktober 2019 wird nach Maßgabe der beigefügten Synopse (Anlage) zugestimmt.

b) Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der GWG Service GmbH vom 3. September 2018 wird nach Maßgabe der beigefügten Synopse (Anlage) zugestimmt.

c) Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen.“

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag des Magistrats betr. Änderung der Gesellschaftsverträge der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) und der GWG Service GmbH, 101.18.1670, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Sprafke

2. Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt
Antrag der AfD-Fraktion
- 101.18.1649 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

> Nach dem Bundesverfassungsschutzbericht 2018 gibt es in Deutschland über 131.000 Extremisten, ca. 13.400 davon leben in Hessen (Landesverfassungsschutzbericht 2018). Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat, in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung regelmäßig einen Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen einzuladen, welcher halbjährlich über die aktuelle Gefährdungslage in Hessen bzw. Kassel berichtet sowie Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Prävention vorstellt.

Stadtverordneter Klock, AfD-Fraktion, begründet den Antrag.

Im Rahmen der Aussprache teilt Stadtrat Stochla mit, dass er beabsichtigt, den Bericht über die aktuelle Gefährdungslage durch rechtsextremistische Akteure mit Vertretern der zuständigen Behörden pp. in der Sitzung des Ausschusses am 24. September 2020 vorzunehmen (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 23. September 2019, 101.18.1420).

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: AfD
Ablehnung: SPD, CDU, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK
Enthaltung: --
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der AfD-Fraktion betr. Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt, 101.18.1649, wird **abgelehnt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Lipardi

3. Höhenrettung in Kassel
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1659 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Existiert die Höhenrettungsgruppe der Feuerwehr Kassel nicht mehr?

2. Wenn doch, warum wurde sie nicht eingesetzt?

3. Wird die Feuerwehr Kassel in Zukunft in der Lage sein, solche Einsätze selbstständig abzuarbeiten?

Stadtverordneter Augustin, CDU-Fraktion, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

4. Neufassung Integrationskonzept
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1671 -

Anfrage

Ausweislich der Neufassung des Integrationskonzepts von April 2019 soll im Rahmen des „Runden Tisches Integration“ über den Umsetzungsstand der jeweiligen Handlungsfelder, der durchgeführten Programme und Maßnahmen und die Auswertung von Entwicklungen und Erkenntnissen des Integrationsmonitorings berichtet und die weitere Entwicklung mit den Akteur*innen diskutiert werden. Die Ergebnisse sollten den städtischen Gremien vorgelegt werden.
Im Rahmen der „Interkulturellen Woche 2019“ wurde im Bürgersaal des Kasseler Rathauses die Neufassung des Integrationskonzepts vorgestellt. Den Teilnehmenden wurde eine schriftliche Fassung des Konzepts aber erst im Anschluss an die Veranstaltung zugänglich gemacht.

Wir fragen den Magistrat:

1. Inwieweit fand über die durch städtische Mitarbeiter durchgeführte Vorstellung der Neufassung des Konzepts hinaus ein Austausch in der vom Konzeptionsauftrag beschriebenen Weise im Rahmen des „Runden Tisches“ statt?

2. Warum wurde die schriftliche Fassung des (neuen) Integrationskonzeptes nicht vor der Veranstaltung für die Teilnehmenden zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt?

3. Wurden im Anschluss an die Vorstellung Rückmeldungen von den Teilnehmer*innen eingeholt? Wenn ja: wurden die relevanten Akteur*innen hierzu formell angehört? (Ggf. in welcher Form und was war das Ergebnis der Anhörung?)

4. Welche weiteren Gelegenheiten sieht der Magistrat, einen Austausch über die schriftliche Fassung des Integrationskonzeptes 2019 zu ermöglichen?

5. Werden die Empfehlungen des „Runden Tisches Integration“ dokumentiert und wenn ja, wann werden diese den städtischen Gremien zur Verfügung gestellt?

6. Der Magistrat wird gebeten, konkret zu erläutern, auf welche Weise künftig sichergestellt sein wird, dass ein inhaltlicher Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen sowie der Arbeitsgruppe Integration zu den

Erfolgen, den Fehlschlägen sowie den bislang im Integrationskonzept nicht hinreichend beachteten oder fehlgewichteten Aspekten stattfindet.

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und im Anschluss zusammen mit Herrn Höhre, Integrationsbeauftragter der Stadt Kassel, die Fragen der Ausschussmitglieder.

Die schriftliche Beantwortung ist der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

5. Demokratiepreis
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1672 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welcher Berechtigung weicht die Ausschreibung des Preises inhaltlich vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018 ab, welcher ausdrücklich vorsieht, dass auch Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen gewürdigt werden soll?
2. Inwieweit ist der Magistrat der Auffassung, dass die Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung ausreichend Berücksichtigung finden?

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, begründet die Anfrage.

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die sich anschließenden Fragen der Ausschussmitglieder.

Die schriftliche Beantwortung ist der Niederschrift beigefügt.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

6. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene
Antrag der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1691 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadt Kassel unterzeichnet die vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vorgelegte „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von 1,5 Jahren einen Gleichstellungs-Aktionsplan für die Stadt Kassel nach den in der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene festgelegten Grundsätzen und Bestimmungen zu erstellen.

Stadtverordnete Tesfaiesus, Fraktion B90/Grüne, begründet den Antrag.

Der Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung fasst bei
Zustimmung: SPD, B90/Grüne, Kasseler Linke, WfK
Ablehnung: AfD
Enthaltung: CDU
Abwesend: FDP+FW+Piraten
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der Fraktion B90/Grüne betr. Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene, 101.18.1691, wird **zugestimmt.**

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Tesfaiesus

7. Stadtpolizei
Anfrage der Fraktion B90/Grüne
- 101.18.1692 -

Abgesetzt

8. Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie
Antrag der SPD-Fraktion
- 101.18.1708 -

Abgesetzt

9. Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße
Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.18.1720 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wann wird nun endlich die von Oberbürgermeister Geselle mehrfach zugesagte Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße eingebaut und in Betrieb genommen?

Stadtrat Stochla beantwortet die Anfrage und die Fragen der Ausschussmitglieder.

Nach Beantwortung durch Stadtrat Stochla erklärt Vorsitzender Kortmann die Anfrage für erledigt.

Ende der Sitzung: 18:14 Uhr

Stefan Kortmann
Vorsitzender

Sabine John
Schriftführerin

Vorlage Nr. 101.18.1670

5. Mai 2020

Änderung der Gesellschaftsverträge der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG) und der GWG Service GmbH

Berichterstatter/-in: Oberbürgermeister Christian Geselle

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgende Beschlüsse zu fassen:

a) „Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH vom 30. Oktober 2019 wird nach Maßgabe der beigefügten Synopse (Anlage) zugestimmt.

b) Der Änderung des Gesellschaftsvertrags der GWG Service GmbH vom 3. September 2018 wird nach Maßgabe der beigefügten Synopse (Anlage) zugestimmt.

c) Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form abzugeben. Die Ermächtigung umfasst auch die Vornahme etwaiger redaktioneller Ergänzungen, Änderungen oder Streichungen."

Begründung:

Die Stadt Kassel ist Alleingesellschafterin der GWG, die wiederum 100% der Anteile an der GWG Service GmbH hält.

Im Rahmen der Eintragung der Änderung des Gesellschaftsvertrages der GWG (Stand 30. Oktober 2019, Vorlage 101.18.1376) hat das Amtsgericht Kassel darauf hingewiesen, dass die Regelung eines stellvertretenden Geschäftsführers als Verhinderungsvertreter (seit Gründung der Gesellschaft im Gesellschaftsvertrag verankert) unzulässig und damit unwirksam sei. Begründet wird dies damit, dass bei einer derart bedingten Zugehörigkeit zur Geschäftsführung (nur wenn der Geschäftsführer verhindert ist) es einem Vertragspartner der Gesellschaft nicht möglich und auch nicht zumutbar sei, diesen Verhinderungsfall zweifelsfrei festzustellen. Das GmbH-Recht sieht einen stellvertretenden Geschäftsführer nicht vor.

Diese Regelungen zur Stellvertretung waren bisher im Gesellschaftsvertrag der GWG und der GWG Service verankert. Da zu erwarten war, dass das Amtsgericht diese Regelungen auch im Rahmen der Eintragung der Satzungsänderung der GWG Service bemängeln würde, wurde die Änderung der Satzung dieser Gesellschaft nicht zur Eintragung angezeigt.

Die Aufsichtsräte der Gesellschaften haben die Änderungsvorschläge erörtert und den Gesellschafterversammlungen empfohlen die Gesellschaftsverträge gemäß den beigefügten Synopsen zu ändern.

Der Magistrat hat dieser Vorlage in seiner Sitzung am 4. Mai 2020 zugestimmt.

Christian Geselle
Oberbürgermeister

Synopse der geänderten Regelungen -
Gemeinnützige Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mbH (GWG)

GWG - Aktuelle Fassung 30.10.2019	**Änderung neu**
§ 7 Geschäftsführung/Vertretung	**§ 7 Geschäftsführung/Vertretung**

(1) Die Gesellschaft hat eine/n Geschäftsführer/in oder mehrere. (2) Es kann ein/e stellvertretende/r Geschäftsführer/in bestellt werden. Diese/r soll im Handelsregister als Stellvertreter/in eingetragen werden. Die nachfolgenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für die/den Geschäftsführer/in gelten sinngemäß auch für die/den stellvertretende/n Geschäftsführer/in. (3) Für die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung gilt § 84 Aktiengesetz entsprechend. (4) Die Gesellschaft wird durch den/die Geschäftsführer/in vertreten. Ist der/die Geschäftsführer/in verhindert, vertritt der/die stellvertretende Geschäftsführer/in die Gesellschaft. Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, vertritt jede/r von ihnen die Gesellschaft allein. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, vertritt diese/r die Gesellschaft allein.	(1) Die Gesellschaft hat eine/n Geschäftsführer/in oder mehrere. ~~**(2) Es kann ein/e stellvertretende/r Geschäftsführer/in bestellt werden. Diese/r soll im Handelsregister als Stellvertreter/in eingetragen werden. Die nachfolgenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für die/den Geschäftsführer/in gelten sinngemäß auch für die/den stellvertretende/n Geschäftsführer/in.**~~ (2) Für die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung gilt § 84 Aktiengesetz entsprechend. (3) Die Gesellschaft wird durch den/die Geschäftsführer/in vertreten. ~~**Ist der/die Geschäftsführer/in verhindert, vertritt der/die stellvertretende Geschäftsführer/in die Gesellschaft.**~~ Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, vertritt jede/r von ihnen die Gesellschaft allein. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, vertritt diese/r die Gesellschaft allein. Der/Die Geschäftsführer/in ist von den Beschränkungen des § 181 Alternative 2 BGB befreit.

Der/Die Geschäftsführer/in ist von den Beschränkungen des § 181 Alternative 2 BGB befreit. (5) Um die Vertretung des Unternehmens in jedem Fall sicherzustellen, können Prokuristen/innen bestellt werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.	(4) Um die Vertretung des Unternehmens in jedem Fall sicherzustellen, können Prokuristen/innen bestellt werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung.

Synopse der geänderten Regelungen -
GWG Service GmbH (GWGs)

GWGs - Aktuelle Fassung 03.09.2018	**Änderung neu**
§ 13 Geschäftsführung	**§ 13 Geschäftsführung**
(1) Die Gesellschaft hat eine/n Geschäftsführer/in oder mehrere. (2) Es kann ein/e stellvertretende/r Geschäftsführer/in bestellt werden. Diese/r soll im Handelsregister als Stellvertreter/in eingetragen werden. Die nachfolgenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für die/den Geschäftsführer/in gelten sinngemäß auch für die/den stellvertretende/n Geschäftsführer/in. (3) Für die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung gilt § 84 Aktiengesetz entsprechend. Der erste Geschäftsführer wird von der Gesellschafterin bei der Gründung der Gesellschaft berufen. (4) Die Gesellschaft wird durch den/die Geschäftsführer/in vertreten. Ist der/die Geschäftsführer/in verhindert, vertritt der/die stellvertretende Geschäftsführer/in die Gesellschaft. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, vertritt jede/r von ihnen die Gesellschaft allein. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, vertritt diese/r die Gesellschaft allein.	(1) Die Gesellschaft hat eine/n Geschäftsführer/in oder mehrere. ~~**(2) Es kann ein/e stellvertretende/r Geschäftsführer/in bestellt werden. Diese/r soll im Handelsregister als Stellvertreter/in eingetragen werden. Die nachfolgenden Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages für die/den Geschäftsführer/in gelten sinngemäß auch für die/den stellvertretende/n Geschäftsführer/in.**~~ (2) Für die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung gilt § 84 Aktiengesetz entsprechend. Der erste Geschäftsführer wird von der Gesellschafterin bei der Gründung der Gesellschaft berufen. (3) Die Gesellschaft wird durch den/die Geschäftsführer/in vertreten. ~~**Ist der/die Geschäftsführer/in verhindert, vertritt der/die stellvertretende Geschäftsführer/in die Gesellschaft.**~~ Sind mehrere Geschäftsführer**/innen** bestellt, vertritt jede/r von ihnen die Gesellschaft allein. Ist nur ein/e Geschäftsführer/in vorhanden, vertritt diese/r die Gesellschaft allein. (4) Um die Vertretung des Unternehmens in jedem Fall sicherzustellen, können Prokuristen/innen bestellt werden.

(5) Um die Vertretung des Unternehmens in jedem Fall sicherzustellen, können Prokuristen/innen bestellt werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. (6) Die/der Geschäftsführer/in, im Vertretungsfall die/der stellvertretende Geschäftsführer/in, werden für Geschäfte mit der Gemeinnützigen Wohnungsbaugesellschaft der Stadt Kassel mit beschränkter Haftung vom Verbot des Selbstkontrahierens (§ 181 BGB) befreit.	Näheres regelt die Geschäftsordnung für die Geschäftsführung. **(5) Der/Die Geschäftsführer/in ist von den Beschränkungen des § 181 Alternative 2 BGB befreit.**

Kassel documenta Stadt

AfD
Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 3265
Telefax 0561 787 3266
stadtverordnete@ks.afd-hessen.de

6. März 2020

Vorlage Nr. 101.18.1649

Maßnahmen zur Abwehr sowie Prävention von Extremismus und Gewalt

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Nach dem Bundesverfassungsschutzbericht 2018 gibt es in Deutschland über 131.000 Extremisten, ca. 13.400 davon leben in Hessen (Landesverfassungsschutzbericht 2018). Vor diesem Hintergrund bitten wir den Magistrat, in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung regelmäßig einen Vertreter des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) Hessen einzuladen, welcher halbjährlich über die aktuelle Gefährdungslage in Hessen bzw. Kassel berichtet sowie Gegenmaßnahmen zur Abwehr und Prävention vorstellt.

Begründung:

Erfolgt mündlich

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Michael Werl

gez. Michael Werl
Fraktionsvorsitzender

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1659

18. März 2020

Höhenrettung in Kassel

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Am Donnerstag, 12.03.20 erlitt ein Kranführer auf dem Gelände des Fraunhofer Institutes in 50 m Höhe einen medizinischen Notfall. Neben der Feuerwehr Kassel wurden unter anderem die Bergwacht des DRK, die Höhenrettungsgruppe der Werkfeuerwehr K & S und die Höhenretter der Berufsfeuerwehr Wiesbaden alarmiert.

Wir fragen den Magistrat:

1. Existiert die Höhenrettungsgruppe der Feuerwehr Kassel nicht mehr?

2. Wenn doch, warum wurde sie nicht eingesetzt?

3. Wird die Feuerwehr Kassel in Zukunft in der Lage sein, solche Einsätze selbstständig abzuarbeiten?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Holger Augustin

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1671

5. Mai 2020

Neufassung Integrationskonzept

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Ausweislich der Neufassung des Integrationskonzepts von April 2019 soll im Rahmen des „Runden Tisches Integration“ über den Umsetzungsstand der jeweiligen Handlungsfelder, der durchgeführten Programme und Maßnahmen und die Auswertung von Entwicklungen und Erkenntnissen des Integrationsmonitorings berichtet und die weitere Entwicklung mit den Akteur*innen diskutiert werden. Die Ergebnisse sollten den städtischen Gremien vorgelegt werden.
Im Rahmen der „Interkulturellen Woche 2019“ wurde im Bürgersaal des Kasseler Rathauses die Neufassung des Integrationskonzepts vorgestellt. Den Teilnehmenden wurde eine schriftliche Fassung des Konzepts aber erst im Anschluss an die Veranstaltung zugänglich gemacht.

Wir fragen den Magistrat:

1. Inwieweit fand über die durch städtische Mitarbeiter durchgeführte Vorstellung der Neufassung des Konzepts hinaus ein Austausch in der vom Konzeptionsauftrag beschriebenen Weise im Rahmen des „Runden Tisches“ statt?

2. Warum wurde die schriftliche Fassung des (neuen) Integrationskonzeptes nicht vor der Veranstaltung für die Teilnehmenden zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt?

3. Wurden im Anschluss an die Vorstellung Rückmeldungen von den Teilnehmer*innen eingeholt? Wenn ja: wurden die relevanten Akteur*innen hierzu formell angehört? (Ggf. in welcher Form und was war das Ergebnis der Anhörung?)

4. Welche weiteren Gelegenheiten sieht der Magistrat, einen Austausch über die schriftliche Fassung des Integrationskonzeptes 2019 zu ermöglichen?

5. Werden die Empfehlungen des „Runden Tisches Integration“ dokumentiert und wenn ja, wann werden diese den städtischen Gremien zur Verfügung gestellt?

6. Der Magistrat wird gebeten, konkret zu erläutern, auf welche Weise künftig sichergestellt sein wird, dass ein inhaltlicher Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen sowie der Arbeitsgruppe Integration zu den Erfolgen, den Fehlschlägen sowie den bislang im Integrationskonzept nicht hinreichend beachteten oder fehlgewichteten Aspekten stattfindet.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

gez. Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 19. JUNI 2020

Anlage zu TOP 4

Stadt Kassel – Magistrat
Dezernat III
Eing. 12. Juni 2020
☐-32-☐-36-☐-37-☐-66-☐-70-

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2020
Vorlage Nr. 101.18.1671
Neufassung Integrationskonzept

Ausweislich der Neufassung des Integrationskonzeptes vom April 2019 soll im Rahmen des „Runden Tisches Integration" über den Umsetzungstand der jeweiligen Handlungsfelder, der durchgeführten Programme und Maßnahmen und die Auswertung von Entwicklungen und Erkenntnissen des Integrationsmonitorings berichtet und die weitere Entwicklung mit den Akteur*innen diskutiert werden. Die Ergebnisse sollten den städtischen Gremien vorgelegt werden.
Im Rahmen der „Interkulturellen Woche 2019" wurde im Bürgersaal des Kasseler Rathauses die Neufassung des Integrationskonzepts vorgestellt. Den Teilnehmenden wurde eine schriftliche Fassung des Konzepts aber erst im Anschluss an die Veranstaltung zugänglich gemacht.

1. **Frage:**
   Inwieweit fand über die durch städtische Mitarbeiter durchgeführten Vorstellung der Neufassung des Konzepts hinaus ein Austausch in der vom Konzeptionsauftrag beschriebenen Weise im Rahmen des „Runden Tisches" statt?

   Antwort:
   Die Arbeit am und mit dem Integrationskonzept setzte von Anfang an auf eine breite Beteiligung der Bevölkerung und auf eine aktive Mitarbeit der Fraktionen. An der Auftaktveranstaltung 2016 und den anschließenden Arbeitsgruppen haben insgesamt 135 Teilnehmer*innen aus allen zivilgesellschaftlichen Bereichen mitgewirkt, darunter die Stadtverordneten Dr. Rabani Alekuzei (SPD), Dr. Andreas Jürgens, Boris Mijaitovic, Awet Tesfaiesus (alle Bündnis 90/Grüne) und Ilker Sengül (Linke). Die damaligen Workshops wurden und werden als sogenannte Unter-Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern des Konzepts fortgeführt. Basierend auf dem Integrationskonzept 2012 entstand unter Berücksichtigung dieser Arbeitsphase (nach der Auftaktveranstaltung 2016) die in 2019 vorgestellte Neufassung des Integrationskonzeptes.

   Nach der Präsentation dieser Neufassung des Konzepts durch den Integrationsbeauftragten am 25. September 2019 konnten die ca. 80 Teilnehmer*innen des „Runden Tischs Integration" im Rahmen eines anderthalbstündigen Austauschs Fragen stellen, Kritik äußern und Vorschläge unterbreiten. Diese wurden notiert. Am Nachmittag desselben Tages wurden Arbeitsgruppen (sog. Lokaltermine) zu den Handlungsfeldern des Konzepts angeboten, in denen Interessierte ihre ganz konkreten Anregungen, aber auch Einwände formulieren konnten. Auch diese wurden schriftlich festgehalten. Die Ergebnisse und die bislang dadurch initiierten praktischen Umsetzungen werden im Rahmen der Beantwortung der dritten Frage kurz vorgestellt.

2. **Frage:**
   Warum wurde die schriftliche Fassung des (neuen) Integrationskonzeptes nicht vor der Veranstaltung für die Teilnehmenden zur Vorbereitung zur Verfügung gestellt?

   Antwort:
   Zum Runden Tisch Integration wurde am 6. September 2019 eingeladen. Anmeldeschluss war der 20. September 2019. An diesem Tag (5 Tage vor der Veranstaltung) wurde allen angemeldeten TN die Neufassung des Integrationskonzepts, die Liste der Arbeitsgruppen (Lokaltermine) und das Programm der Interkulturellen Woche via Mail zugestellt.

(Die politischen Vertreter*innen sowie die städtischen Mitarbeiter*innen verfügten zu diesem Zeitpunkt bereits seit längerem über die Neufassung des Integrationskonzepts.)

3. **Frage:**

Wurden im Anschluss an die Vorstellung Rückmeldungen von den Teilnehmer*innen eingeholt? Wenn ja: wurde die relevanten Akteur*innen hierzu formell angehört? (ggf. in welcher Form und was war das Ergebnis der Anhörung?)

Antwort:

Die Form der Einholung und Anhörung im Rahmen des „Runden Tischs Integration" wurde unter Frage 1 beschrieben. Weiterhin wurde das Konzept bei Bildungsträgern und Vereinen, im Seniorenbeirat und auf einer größeren Veranstaltung des ver.di – Bildungswerks Hessen am 20. November 2019 vor Integrationsexpert*innen und –praktiker*innen vorgestellt. Der für den Integrationsprozess in der Region sehr wichtige *Arbeitskreis Integration* mit ca. 50 Akteur*innen aus Stadt und Landkreis Kassel hatte die Vorstellung des Integrationskonzepts auf die Agenda seiner März-Sitzung in 2020 gestellt, diese musste dann wegen der Corona-Krise verschoben werden.

Jenseits offizieller Vorstellungen besteht für alle Interessierten permanent die Möglichkeit, sich direkt als einzelner Mensch, als Gruppe oder als Institution an den Integrationsbeauftragten mit Kritik und Vorschlägen zur Weitergabe an die AG Integration oder deren Unter-Arbeitsgruppen zu wenden. Das Konzept ist als barrierefreie PDF-Datei auf der städtischen Homepage abrufbar.

Ergebnis der bisherigen Vorstellungen: Wie schon beim „Runden Tisch Integration" wurde das Konzept als solches bislang positiv aufgenommen. Die Empfehlungen wurden erfasst und zum Teil bereits in praktische Ansätze umgesetzt.

- Der Vorschlag des Psychosozialen Zentrums Kassel zu Modifikationen der Arbeit mit traumatisierten Geflüchteten wurde in der AG Integration von der Leitung des Zentrums vorgestellt und im Januar mit dem Sozialamt besprochen.
- Der Anregung nach einer intensiveren Verschränkung nicht-migrantischer und migrantischer Lebenswelten wurde mit dem Vereinsprojekt „Kassel findet zusammen" Rechnung getragen.
- Gegen eine zunehmende Isolation älterer Menschen wird aktuell eine Kooperation mit den „Jungen Alten" der Caritas und der Mevlana-Moschee ins Leben gerufen.
- Das aktive Angehen rassistischer Einstellungen und rassistisch motivierter Gewalt wird den notwendigen höheren Stellenwert im Konzept bekommen. In diesem Zusammenhang wurde ein Bildungsformat zu Verschwörungstheorien entwickelt und bereits im vergangenen November auf dem Kasseler Präventionstag eingesetzt. Der Deutsche Präventionstag 2020 (eigentlich April, derzeit für September 2020 vorgesehen) hat das Format ebenfalls angenommen.

4. **Frage:**

Welche weiteren Gelegenheiten sieht der Magistrat, einen Austausch über die schriftliche Fassung des Integrationskonzeptes 2019 zu ermöglichen?

Antwort:

Der „Runde Tisch Integration 2020" ist für den 1. Oktober 2020 terminiert (vorbehaltlich eventueller Änderungen aufgrund der Corona-Krise).

Unabhängig davon wird auch hier noch einmal darauf hingewiesen, dass für alle Interessierten permanent die Möglichkeit besteht, sich direkt als einzelner Mensch, als Gruppe oder als Institution an den Integrationsbeauftragten mit Anregungen zum Integrationskonzept bzw. zur Integrationsarbeit zu wenden. Über ihn erfolgt dann eine Weitergabe zum Austausch in die jeweiligen Arbeitsgruppen und Netzwerke.

5. **Frage:**

Werden die Empfehlungen des „Runden Tisches Integration" dokumentiert und wenn ja, wann werden diese den städtischen Gremien zur Verfügung gestellt?

Antwort:

Voraussichtlich Anfang August 2020, spätestens jedoch drei Wochen vor dem „Runden Tisch Integration", geht der jährliche Integrationsbericht inklusive der Empfehlungen an die städtischen Gremien. Dieser Turnus wird jährlich eingehalten.

6. **Frage:**

Der Magistrat wird gebeten, konkret zu erläutern, auf welche Weise künftig sichergestellt sein wird, dass ein inhaltlicher Austausch zwischen den unterschiedlichen Akteur*innen sowie der Arbeitsgruppe Integration zu den Erfolgen, den Fehlschlägen sowie den bislang im Integrationskonzept nicht hinreichend beachteten oder fehlgewichteten Aspekten stattfindet.

Antwort:

Dieser inhaltliche Austausch erfolgt regelhaft einmal jährlich im Rahmen des „Runden Tischs Integration". Als eine Grundlage dient der jährliche Integrationsbericht mit u. a. dem Umsetzungsstand in den jeweiligen Handlungsfeldern, einer Darstellung durchgeführter Programme und Maßnahmen und der Auswertung von Entwicklungen und Erkenntnissen des Integrationsmonitorings.

Wie bereits erwähnt setzte die Arbeit am und mit dem Integrationskonzept von Anfang an auf eine breite Beteiligung der Bevölkerung und auf eine aktive Mitarbeit der Fraktionen. An der Auftaktveranstaltung 2016 und den anschließenden Arbeitsgruppen haben insgesamt 135 Teilnehmer*innen aus allen zivilgesellschaftlichen Bereichen mitgewirkt. Die damaligen Workshops wurden und werden als sogenannte Unter-Arbeitsgruppen zu den Handlungsfeldern des Konzepts fortgeführt. Beim kommenden „Runden Tisch Integration" besteht die Gelegenheit, in diesen Unter-Arbeitsgruppen mitzuarbeiten und diese Mitarbeit auch kontinuierlich fortzusetzen. Die Unter-Arbeitsgruppen erstatten regelmäßig Bericht in der städtischen AG Integration, so dass auch hier der inhaltliche Austausch gewährleistet wird.

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1672

5. Mai 2020

Demokratiepreis

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

1. Mit welcher Berechtigung weicht die Ausschreibung des Preises inhaltlich vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018 ab, welcher ausdrücklich vorsieht, dass auch Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen gewürdigt werden soll?
2. Inwieweit ist der Magistrat der Auffassung, dass die Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung ausreichend Berücksichtigung finden?

Begründung:

Auf der Internetseite der Stadt Kassel ist zu lesen, dass die Stadt Kassel „eine jährlich zu vergebende Auszeichnung für herausragende wissenschaftliche Arbeiten sowie tiefgreifende, analytische Journalistische Arbeiten“ ausschreibt.

Die Ausschreibung ist zurückzuführen auf den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018. Darin heißt es: „Mit einem jährlich auszuschreibenden Preis, der mit 3.000 Euro dotiert ist, würdigt die Stadt Kassel hervorragende wissenschaftliche Arbeiten oder beispielhaftes Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen, welche Ausgrenzung und politisch motivierte Gewalt thematisieren und sich insbesondere mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Kassel und Nordhessen auseinandersetzen“.

In der Begründung des Antrags heißt es, „das Gedenken ist ein Ausdruck unserer Trauer und unserer Solidarität mit der Familie Yozgat“.

Über die Auszeichnung entscheidet eine fünfköpfige Jury bestehend aus Herrn Hans Eichel, Prof. Barbara John, Herrn Taha Kahya (Mitarbeiter von Barbara John), Dr. Steffen Kailitz und Prof. Dr. Wolfgang Schroeder.

Während nach der ursprünglichen Vorlage „hervorragende Masterarbeiten und Dissertationen“ gewürdigt werden sollten, nahm der Änderungsantrag eine Ausweitung auf bürgerschaftliches Engagement vor, um unter anderem auch die Arbeit von Menschen mit Rassismuserfahrung zu würdigen, die sich oftmals eher zivilgesellschaftlich engagieren. Darüber hinaus sollten aber die vielen Menschen ohne persönliche Rassismuserfahrung, die sich tagtäglich haupt- und ehrenamtlich zivilgesellschaftlich engagieren, nicht übergangen werden.

Fragesteller/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

gez. Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender

Geschäftsbereich des Oberbürgermeisters
-IG-

Anlage zu TOP 5

Stadt Kassel – Magistrat
Dezernat III
Eing. 18. Juni 2020
☐-32-☐-36-☐-37-☐-66-☐-70-

16. Juni 2020
Martina Heise-Thonicke
Tel. 1235

Stadtverordneten-Versammlung
Kassel
Eing. 19. JUNI 2020

An

-III- über -I-

Anfrage der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vom 5. Mai 2020; Vorlage Nr. 101.18.1672

1) **Mit welcher Berechtigung weicht die Ausschreibung des Preises inhaltlich vom Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 26.11.2018 ab, welcher ausdrücklich vorsieht, dass auch Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen gewürdigt werden soll?**
Im von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig gefassten Beschluss vom 30. November 2018 heißt es: „Mit einem jährlich auszuschreibenden Preis, der mit 3000 Euro dotiert ist, würdigt die Stadt Kassel hervorragende wissenschaftliche Arbeiten **oder** beispielhaftes bürgerschaftliches Engagement von Initiativen, Vereinen, Verbänden oder Einzelpersonen, welche politisch motivierte Gewalt thematisieren und sich insbesondere mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus in Kassel und Nordhessen auseinandersetzen. Über die Auszeichnung entscheidet die Jury."

Für die Jury konnten hochkarätige Mitglieder gefunden werden:

- **Barbara John**, Ombudsfrau der Bundesregierung für die Opfer der rechtsextremistischen NSU-Terrorgruppe (Berlin)
- **Taha Kahya**, Mitarbeiter von Barbara John (Berlin)
- **PD Dr. Steffen Kailitz**, wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung (Dresden), Experte für Extremismusforschung
- **Prof. Dr. Wolfgang Schroeder**, Politikwissenschaftler und Leiter des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften an der Universität Kassel
- **Hans Eichel**, ehemaliger Bundesfinanzminister, Bundesratspräsident, hessischer Ministerpräsident und Kasseler Oberbürgermeister

Die Auszeichnung wurde bundesweit ausgeschrieben. Wie bei Auszeichnungen dieses Ranges üblich, oblag es der Jury, die Bewertungs-Kriterien und die Ausschreibung zu formulieren. Die Jury verständigte sich darauf, den Fokus der Ausschreibung auf herausragende wissenschaftliche Arbeiten zu legen, die Rassismus, Ausgrenzung, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in der Gesellschaft thematisieren und sich insbesondere mit Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit, Islamfeindlichkeit und Antisemitismus auseinandersetzen. Auch tiefgreifende, analytische journalistische Arbeiten, die sich mit diesen Themenkomplexen auseinandersetzen, sollen berücksichtigt werden.

Bereits auf die erste bundesweite Ausschreibung erfolgte eine große Resonanz: Eine Vielzahl hochkarätiger Arbeiten unter anderem namhafter Autorinnen und Autoren wurden eingereicht.

2) **Inwieweit ist der Magistrat der Auffassung, dass die Perspektiven von Menschen mit Rassismuserfahrung ausreichend Berücksichtigung finden?**
Dies ist allein durch die Themenstellung gegeben und spiegelt sich auch in zahlreichen der eingereichten Arbeiten wieder.

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

18. Mai 2020

Vorlage Nr. 101.18.1691

Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Stadt Kassel unterzeichnet die vom Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) vorgelegte „Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“. Die Verwaltung wird beauftragt, innerhalb von 1,5 Jahren einen Gleichstellungs-Aktionsplan für die Stadt Kassel nach den in der EU-Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene festgelegten Grundsätzen und Bestimmungen zu erstellen.

Begründung:

Der Rat der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) hat die „Europäische Charta Gleichstellung von Frauen und Männern auf lokaler Ebene“ in den Jahren 2005 und 2006 entwickelt. Damit sind alle Kommunen aufgerufen, die Charta zu unterzeichnen und sich formell und öffentlich zum Grundsatz der Gleichstellung von Frauen und Männern zu bekennen und die in der Charta niedergelegten Grundsätze umzusetzen. Inzwischen wurde die Charta von mehr als 1.300 europäischen Gemeinden unterzeichnet. Eine Vielzahl der in den Handlungsfeldern der „Europäischen Charta“ angesprochenen Aufgaben ist bereits Bestandteil unserer städtischen Angebote. Wir bedauern jedoch die noch immer vorhandene Diskrepanz zwischen der gesetzlichen Anerkennung des Rechts auf Gleichstellung und der tatsächlichen und praktischen Anwendung dieses Rechts. Die Unterzeichnung der Charta bietet Anlass, den eigenen Standort in der Verwirklichung der Gleichstellung zu prüfen und die immer noch vorhandene Diskrepanz gemeinsam mit allen beteiligten Akteur*innen korrigieren.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Awet Tesfaiesus

gez. Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1294
Telefax 0561 787 2104
fraktion@gruene-kassel.de
www.GRUENE-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1692

20. Mai 2020

Stadtpolizei

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

In der HNA am 14. April 2020 wurde berichtet, dass die Stadt Kassel als neue Komponente innerhalb des Ordnungsamtes den Bereich Stadtpolizei eingeführt habe.

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Hilfspolizeibeamt*innen sind für die Stadtpolizei tätig?
2. Welche Ausbildung durchlaufen die Hilfspolizeibeamt*innen der Stadtpolizei?
3. Trifft es zu, dass mit der Umbenennung in „Stadtpolizei“ keine Änderung der Rechtsgrundlagen, der Aufgaben und der Kompetenzen der Hilfspolizei verbunden ist?
4. Aus welchem Haushaltsprodukt werden die vier neu angeschafften Einsatzfahrzeuge finanziert?
5. Welche Kosten sind für die Neuanschaffung entstanden?
6. Wurde in Erwägung gezogen, ergänzend oder alternativ zu den Einsatzfahrzeugen Einsatzfahrräder anzuschaffen?
7. Hat eine Abstimmung mit dem Stadtteilbüro Wesertor stattgefunden, dass an den Sprechterminen neben Polizeibeamt*innen auch Hilfspolizeibeamt*innen teilnehmen werden?
8. Steht die Umfirmierung der kommunalen Vollzugsbehörde zur Stadtpolizei nach Ansicht des Magistrats im Einklang mit den zentralen Punkten zur Erstellung eines sicherheitspolitischen Konzeptes gemäß des Beschlusses 101.18.481 aus dem Mai 2017?
9. Wann ist mit der Vorlage des sicherheitspolitischen Konzeptes der Stadt Kassel zu rechnen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Dr. Andreas Jürgens

gez. Boris Mijatovic
Fraktionsvorsitzender

Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
buero@spd-fraktion-kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1708

3. Juni 2020

Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie

Antrag

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, ein Konzept für eine Anlauf- und Beratungsstelle für Menschenrechte und Demokratie zu entwickeln und im Ausschuss Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung vorzustellen.

Begründung:
Ziel der Stelle ist die Beratung und der Schutz betroffener Menschen und die Sensibilisierung der Stadtgesellschaft für solche Tendenzen.
Die Beratungsstelle soll ein ergänzendes Angebot zu bereits bestehenden Angeboten sein, in der neben der Beratung als solches, Hilfe und Weitervermittlung zu anderen Beratungs- und Hilfsangeboten für Menschen in Kassel, die im öffentlichen Raum, im Umgang mit Behörden oder auch während ihrer Arbeit in der Stadtverwaltung von Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Diskriminierung betroffen sind, vorgenommen wird.
In den Aufgabenbereich fällt die Koordination von Bildungsangeboten für Unternehmen und Vereinen und Organisationen, gleichfalls die Koordination entsprechender Bildungsangebote von Unternehmen, Vereinen und Organisationen, die diese für die Stadtgesellschaft anbieten.
Die Stelle soll auch auf Angebote für Frauen und Männer, die aus entsprechenden Strukturen aussteigen wollen, hinweisen können, und Angehörige von Frauen und Männer, die sich in entsprechenden Strukturen aufhalten, beraten und Hilfen anbieten.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Norbert Sprafke

gez. Patrick Hartmann
Fraktionsvorsitzender

CDU Fraktion in der
Stadtverordnetenversammlung

Kassel documenta Stadt

Rathaus, 34112 Kassel
Telefon 0561 787 1266
Telefax 0561 787 7130
info@cdu-fraktion-kassel.de
www.CDU-Fraktion-Kassel.de

Vorlage Nr. 101.18.1720

4. Juni 2020

Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße

Anfrage

zur Überweisung in den Ausschuss für Recht, Sicherheit, Integration und Gleichstellung

Wir fragen den Magistrat:

Wann wird nun endlich die von Oberbürgermeister Geselle mehrfach zugesagte Videoüberwachung in der Oberen Königsstraße eingebaut und in Betrieb genommen?

Fragesteller/-in: Stadtverordneter Stefan Kortmann

gez. Dr. Michael von Rüden
Fraktionsvorsitzender